



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Vorschläge für Erweiterungen im Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Aktuell seit 23.12.2025 10:57:13

### Angegeben von:

Deutscher Juristinnenbund e.V. (R001507) am 24.09.2025

### Beschreibung:

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) begrüßt in seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz die Bemühungen um einen besseren Schutz vor häuslicher Gewalt, kritisiert aber das Fehlen umfassender Gewaltschutzmaßnahmen.

## Zu Regelungsentwurf

---

### 1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4082 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Zuständiges Ministerium: BMJV [\[alle RV hierzu\]](#)

### Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz (Vorgang)

## Betroffene Interessenbereiche (1)

---

Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

## **Betroffene Bundesgesetze (3)**

---

GewSchG [alle RV hierzu]

FamFG [alle RV hierzu]

EUGewSchVG [alle RV hierzu]

## **Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)**

---

1. SG2509240057 (PDF - 17 Seiten)

### **Adressatenkreis:**

Versendet am 24.09.2025 an:

#### **Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]